expertenReport

Quelle: Experten/KI

Familienpolitik wird zur Standortpolitik

Ute Pappelbaum

Die Zahl der Geburten in Deutschland sinkt – und mit ihr verändert sich die Landkarte der Familienpolitik. Während in vielen Regionen Ostdeutschlands Kindertagesstätten um ihre Auslastung kämpfen, fehlen in zahlreichen westdeutschen Städten und Ballungsräumen weiterhin Betreuungsplätze. Zwei Entwicklungen, die auf den ersten Blick gegensätzlich erscheinen, sind Ausdruck desselben Problems: Der demografische Wandel trifft Deutschland regional höchst unterschiedlich.

Der Geburtenrückgang verändert die Infrastruktur

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes erreichte Deutschland 2021 mit rund 795.500 Neugeborenen den höchsten Wert seit mehr als zwei Jahrzehnten. Seither geht die Zahl der Geburten deutlich zurück. Besonders stark fällt der Rückgang in mehreren ostdeutschen Bundesländern aus.

Die Folgen sind unmittelbar sichtbar. Dort, wo weniger Kinder geboren werden, sinkt die Auslastung von Kindertageseinrichtungen. Kommunen legen Gruppen zusammen oder prüfen die Schließung einzelner Standorte. Gleichzeitig stehen westdeutsche Regionen weiterhin vor einem gegenteiligen Problem: Trotz rückläufiger Geburten fehlen vielerorts Betreuungsplätze, weil die Nachfrage durch Zuzug junger Familien und eine hohe Erwerbsbeteiligung beider Eltern hoch bleibt.

Deutschland hat damit kein einheitliches Betreuungsproblem. Es hat ein regionales Strukturproblem.

Familienpolitik ist längst Arbeitsmarktpolitik

Diese Entwicklung reicht weit über die Kinderbetreuung hinaus. Jeder dauerhaft kleinere Geburtsjahrgang bedeutet künftig weniger Auszubildende, weniger Fachkräfte und weniger Beitragszahler für die Sozialversicherungen. Gleichzeitig wächst der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung.

Damit verändert sich die ökonomische Funktion der Familienpolitik. Sie entscheidet nicht nur darüber, wie Familien unterstützt werden. Sie beeinflusst langfristig auch das Angebot an Arbeitskräften und damit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes.

Die Entscheidung für ein Kind ist deshalb längst keine ausschließlich private Angelegenheit mehr. Sie hat gesamtwirtschaftliche Konsequenzen.

Elterngeld bleibt wichtig – seine Wirkung stößt jedoch an Grenzen

Das Elterngeld zählt seit seiner Einführung zu den wichtigsten familienpolitischen Leistungen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bezogen im Jahr 2024 rund 1,67 Millionen Frauen und Männer Elterngeld. Davon entfielen 1,24 Millionen auf Mütter und 432.000 auf Väter. Der Väteranteil lag bei 25,8 Prozent und ging gegenüber dem Vorjahr leicht zurück.

Auch bei der Bezugsdauer bestehen erhebliche Unterschiede. Mütter planten 2024 im Durchschnitt einen Elterngeldbezug von 14,8 Monaten, Väter dagegen von lediglich 3,8 Monaten. Gleichzeitig nutzten 36,7 Prozent aller Beziehenden Elterngeld Plus – der bislang höchste Anteil. Das spricht dafür, dass immer mehr Eltern versuchen, Familienarbeit und Erwerbstätigkeit parallel zu organisieren.

Die Zahlen zeigen aber auch die Grenzen des Instruments. Das Elterngeld federt Einkommensverluste nach der Geburt eines Kindes ab. Es beseitigt jedoch weder fehlende Betreuungsplätze noch hohe Wohnkosten oder Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt. Ob sich Paare für Kinder entscheiden, hängt heute von einem Bündel wirtschaftlicher Faktoren ab – nicht allein von einer Lohnersatzleistung.

Ost und West stehen vor unterschiedlichen Herausforderungen

Der Osten Deutschlands zeigt bereits heute, welche Folgen eine dauerhaft niedrige Geburtenzahl für die öffentliche Infrastruktur haben kann. Sinkende Kinderzahlen gefährden dort nicht nur einzelne Kitas, sondern langfristig auch Schulen, Freizeitangebote und die Attraktivität ganzer Kommunen für junge Familien.

Im Westen stellt sich die Situation anders dar. Dort erschweren fehlende Betreuungsangebote häufig die Rückkehr von Eltern in den Beruf. Gerade in Zeiten des Arbeitskräftemangels wird fehlende Kinderbetreuung damit zunehmend zu einem wirtschaftlichen Engpass.

Die politische Herausforderung besteht deshalb nicht darin, überall dieselben Lösungen anzubieten. Sie besteht darin, Familienpolitik stärker an den regionalen Realitäten auszurichten.

Familien werden zum Standortfaktor

Deutschland diskutiert intensiv über Fachkräftemangel, Produktivität und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Die Ursachen liegen jedoch nicht erst am Arbeitsmarkt, sondern beginnen viele Jahre früher – bei der Entscheidung für oder gegen ein Kind.

Wer junge Familien finanziell absichert, ausreichend Betreuungsangebote schafft und verlässliche Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bietet, investiert nicht allein in Sozialpolitik. Er investiert in das zukünftige Arbeitskräftepotenzial und damit in die wirtschaftliche Stabilität des Landes.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht, ob Deutschland sich eine starke Familienpolitik leisten kann. Angesichts sinkender Geburtenzahlen und einer alternden Gesellschaft stellt sich vielmehr die umgekehrte Frage: Kann es sich leisten, darauf zu verzichten?

Die leeren Kitas im Osten und die Wartelisten im Westen sind kein Widerspruch. Sie machen sichtbar, dass Familienpolitik heute nicht mehr allein über Transferleistungen definiert werden kann. Sie entscheidet zunehmend darüber, ob Deutschland auch künftig über genügend Menschen verfügt, die arbeiten, Innovationen schaffen und den Sozialstaat finanzieren.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis): Geburtenstatistik, Elterngeldstatistik und Kindertagesbetreuung.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport

https://www.experten.de/id/4951096/Familienpolitik-wird-zur-Standortpolitik/